

01. September 2008

## **Eine Abrissbirne für Sofias Gründerzeit**

Der Westen der Sofioter Altstadt wird für ein neues Büroviertel plattgemacht -  
So wünscht es sich der Bürgermeister der bulgarischen Hauptstadt

Bekanntmachung und Einspruchsfrist legte er in den Urlaubsmonat August. Jetzt regt sich Widerstand.

\*\*\*\*\*

Sofia/Wien - Man stelle sich vor, der Platz um den Stephansdom und das dazugehörige Viertel mit Graben und Kärntnerstraße würde abgerissen werden, um fünfzehn- bis zwanzigstöckigen Bürogebäuden zu weichen. Die Häuser aus der Gründerzeit würden fallen, und diejenigen, die vom Abriss verschont bleiben, durch Tiefgaragen für den Parkbedarf der neuen Hochhäuser unterhöhlt. Die alteingesessenen Besitzer der Häuser würden enteignet und in Ermangelung adäquater Ersatzwohnfläche an die Peripherie der Stadt geschickt. Sie würden das Grundstück, auf dem ihr Haus steht, für immer verlieren und als Schadensersatz, wenn überhaupt, einen Bruchteil des Marktwertes ihres Familienbesitzes erhalten. Unvorstellbar. In Wien.

In Sofia droht nun dieses Szenario Wirklichkeit zu werden. Fast unbemerkt von den Bürgern der Stadt, die im Sommermonat August am Meer oder auf dem Land weilen, wurde dieser Plan von der städtischen Verwaltung lanciert. Nur ein Zweizeiler in der staatlichen Zeitung, die an keinem Kiosk zu finden ist, hat den geplanten Abriss eines der ältesten und wohl schönsten Viertel Sofias verkündet. Keine öffentliche Debatte ging dem voraus, keine Initiative der Opposition oder eines Bürgerrats steht dem entgegen - am 1. August veröffentlicht mit einer Einspruchsfrist bis 31. August war die Zeit knapp bemessen.

### **"Nationales Interesse"**

Dabei stehen gewaltige und gewaltsame Einschnitte auf dem Programm. Tausende Menschen sollen dazu angehalten werden, ihre Altbauhäuser aus der Gründerzeit um vier Stockwerke aufzurüsten, die in Zukunft zu 80 Prozent als Büros gewidmet zu sein haben. Die Besitzer werden dazu verpflichtet, sich zu Kooperativen zusammenzuschließen und ihr Grundstück im Zentrum Sofias zusammenzulegen, alle Hofhäuser abzureißen und auf der gesamten Fläche der meist begrünten Innenhöfe, an den Fundamenten der hundertjährigen Häuser vorbei, auf eigenes Risiko und eigene Kosten Tiefgaragen zu errichten. Sollte dies nicht geschehen, was bei den vielfach komplizierten Privatbesitzverhältnissen anzunehmen ist, enteignet die Stadt den gesamten Grundstücksbesitz im Namen des "nationalen Interesses" und vergibt den Bau an Investoren, die die Entkernung der Innenhöfe, sowie den Bau und die Nutzung der Tiefgaragen übernehmen.

Als Zuckerl zum Hauptgewinn erhalten diese Investoren auch das Recht für die oberirdische Hofbebauung. Zahlreiche schöne Häuser sind für den Abriss vorgesehen oder werden durch diese Baumaßnahmen vom Einsturz gefährdet sein. Denkmalgeschützte Bauten, wie einige kleine alte Kirchen, sollen in die neuen Hochhäuser integriert werden, wobei fraglich ist, ob sie der statischen Belastung standhalten werden. Auffälligerweise sind gerade unter den Fundamenten der unter Denkmalschutz stehenden Objekte Tiefgaragen vorgesehen.

### **Tiefgaragen als Alibi**

Als Alibi für die Landenteignung dienen eben diese Tiefgaragen. Sie werden in der öffentlichen Bekanntmachung als "verkehrstechnische Infrastruktur" angeführt und somit als öffentlich notwendig bezeichnet. Ihre Notwendigkeit ergibt sich allerdings vor allem aus den neu zu bauenden und privatwirtschaftlich zu nutzenden Bürogebäuden.

Die breite Öffentlichkeit dürfte deshalb von dem Vorhaben keinen Nutzen haben. Auch die Stadt als Ganzes hat kaum einen Gewinn, da sie die durch Enteignung gewonnene Baufläche direkt an Investoren weiterleitet. Die jetzt schon überlastete Hauptverkehrsachse wird sogar noch eingeengt und der Verkehr in den Rest der Innenstadt geleitet. Wem also nützt es? Naheliegender ist - so sagen die Gegner -, dass eine Handvoll Investoren davon profitieren und ihre Handlanger in der Stadtverwaltung.

### **Hotel Bulgaria**

Wo man in anderen europäischen Städten bestrebt ist, die Altstadt zu bewahren, zu sanieren und vom Verkehr zu entlasten, Grün- und Freiräume zu schaffen und sie kinderfreundlich sowie behindertengerecht zu gestalten, geht man in Sofia den umgekehrten Weg. Das Projekt ist dabei nicht das erste seiner Art in der bulgarischen Hauptstadt. Vor einem Jahr wurde das Vorhaben publik, den Gebäudekomplex des Hotel Bulgaria abzureißen, um Platz für eine Shopping Mall zu schaffen. Das 1937 erbaute Hotel steht unter Denkmalschutz und beherbergt eine an historischer Bedeutung mit dem Café Central vergleichbare Konditorei, einen Konzertsaal und die größte Orgel für authentische Barockmusik im Land. Nur durch eine umfangreiche Unterschriftensammlung konnte das Bauvorhaben vorläufig gestoppt, sicherlich aber nicht komplett abgewendet werden.

2009 stehen Parlamentswahlen in Bulgarien bevor. Der Bürgermeister von Sofia, Boiko Borisow, der sich auf die Regierungsübernahme vorbereitet, geht Fragen über das neue Großprojekt aus dem Weg. In den letzten Augusttagen, als die Stadtbewohner aus dem Urlaub zurückkamen und von Nachbarn von den Abrissplänen des Bürgermeisters erfuhren, wuchs die Zahl der Einsprüche aber rasch auf 800 an. "Bis 9. September habe ich das alles bearbeitet", beschied Borisow Vertretern der Anwohner, die es in sein Büro schafften. (Leonie Hodkevitch/DER STANDARD, Printausgabe, 2.9.2008)

Leonie Hodkevitch ist Autorin und Kulturmanagerin und arbeitet in Wien und Sofia als Dozentin und Beraterin für Südosteuropafragen.